

Protokoll

Stadtrat von Thun

Sitzung 02/2025 vom 13. Februar 2025, 17:15 Uhr, Rathaus, Thun

Anwesend

Stadtrat

Vorsitz: Stadtratspräsident Thomas Lanz
Peter Aegerter, Martin Allemann, Natalie Althaus, Sandro Badertscher, Simon Badertscher, Jonas Baumann-Fuchs, Mathias Berger, Reto Beutler, Thomas Bieri, Valentin Borter, Adrian Christen, Philipp Deriaz, Anja Dolder-Gerhardy, Franziska Eggenberg, Nicolas Glauser, Sonja Graf, Roman Gugger, Thomas Hiltpold, Manon Jaccard, Alice Kropf, Christoph Lauener, Manfred Locher, Michelle Marbach, Michael McGarty, Vanessa Meier, Lara Müller, Marianna Oesch Bartlome, Alexandre Reymondin, Claude Schlapbach, Leonardo Schlatter, Malenka Schmutz, Franz Schori, Nina Siegenthaler, Alois Studerus, Markus van Wijk (bis 18:50 Uhr, während Traktandum 7), Cloe Weber, Matthias Zellweger, Angelika Zimmermann

Gemeinderat

Stadtpräsident Raphael Lanz, Gemeinderätinnen Katharina Ali-Oesch, Andrea de Meuron und Eveline Salzmännli, Gemeinderat Reto Schertenleib

Ferner

Stadtschreiber Bruno Huwyler Müller

Sekretariat

Stadtratssekretär Christoph Stalder
Protokollantin Tanja Aebersold

Entschuldigt

Stadtrat Marc Fritschi

Schluss der Sitzung

19:55 Uhr

Der Stadtratspräsident begrüsst zur Stadtratssitzung. Speziell begrüsst er Stadtrat Reto Beutler, der heute das erste Mal an einer Sitzung teilnimmt. Er weist darauf hin, dass die Urheberschaft der parlamentarischen Initiative PI 01/2024 diese schriftlich zurückgezogen haben. Somit wird Traktandum 5 von der Traktandenliste gestrichen.

Der Rat genehmigt die Traktandenliste stillschweigend.

8. Protokoll

Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 17. Januar 2025

Stadtratsbeschluss

Der Rat genehmigt das Protokoll stillschweigend.

9. Sachkommission Bildung Sport Kultur

Ersatzwahl für die zurückgetretene Barbara Lehmann Rickli (FDP)

Der Rat genehmigt stillschweigend folgenden

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 37 Buchstabe b Stadtverfassung, beschliesst:

In die Sachkommission Bildung Sport Kultur wird als Mitglied anstelle von Barbara Lehmann Rickli (FDP) per sofort gewählt: Reto Beutler (FDP).

10. Schulkommission

Wahl von Barbara Lehmann Rickli (FDP/Sitz der SVP) anstelle des zurücktretenden Ronnie Bettler (SVP)

Bericht des Gemeinderates Nr. 02/2025

Der Rat genehmigt stillschweigend folgenden

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 37 litera c Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 29. Januar 2025, beschliesst:

1. Von der Demission von Ronnie Bettler per 28. Februar 2025 wird Kenntnis genommen. Die in diesem Amt geleisteten Dienste werden bestens verdankt.
2. Als Ersatz wird Barbara Lehmann Rickli, geb. 1965, von Thun, wohnhaft Blümlimattweg 1, 3600 Thun, als Mitglied in die Schulkommission gewählt, und zwar ab 1. März 2025 und für den Rest der laufenden, am 31. Dezember 2026 endenden Amtsdauer.
3. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

11. Dringliche Interpellation I 12/2024 betreffend Eisbaden in Thun

Thomas Lanz (Grüne), Fraktion Grüne vom 21. November 2024; Beantwortung

Malenka Schmutz, **Fraktion Grüne**, gibt bekannt, dass die interpellierenden nicht befriedigt sind und die Diskussion wünschen.

Der Rat genehmigt die Diskussion.

Gemeinderätin Katharina Ali-Oesch weist darauf hin, dass das Winterbaden durch die Stadt mit dem Chlauseschwimmen gefördert wird. Der Gemeinderat will das Winterbaden nicht erschweren. Er ist sich aber seiner Verantwortung bewusst. Das Schwäbis als gebaute Anlage untersteht der Werkeigentümerhaftung. Es ergeben sich daraus die in der Antwort genannten Vorbehalte gegen die Winteröffnung. Der Gemeinderat sucht Lösungen. Er hat ein Gutachten in Auftrag gegeben, um das Haftungsrisiko für eine Öffnung im Winter zu klären. Der Gemeinderat will wissen, welche Minimalanforderungen erfüllt werden müssen, damit das Schwäbis geöffnet werden kann im Winter und wie viel dies kostet. Diese Informationen braucht er für einen Entscheid der Umnutzungen. Betreffend Zwischennutzung zeigt sich der Gemeinderat offen. Angebote, welche die Auflagen erfüllen, werden geprüft. Es muss eine Bereitschaft für Investitionen bestehen. In anderen Städten stehen Private und Vereine hinter solchen Angeboten.

Malenka Schmutz, **Fraktion Grüne**, ist der Ansicht, dass Winterbaden die Gesundheit fördert und das Legislaturziel 2 unterstützt. Sie betont, dass es nicht darum geht, dass die ganze Anlage wintertauglich gemacht werden soll und viele Mitarbeitende beschäftigt werden müssen. Für sie war es schwierig, die juristischen Fragestellungen einzuordnen. Andere Städte haben es rechtlich möglich gemacht. Sie hätte sich mehr Mut und Offenheit vom Gemeinderat gewünscht.

Alois Studerus, **Fraktion FDP/Die Mitte**, teilt mit, dass es verschiedene Standorte für das Winterbaden gibt. Ein einfacher Zugang zum Flussbad wäre wünschenswert. Dies ist nicht so einfach, wie die Abklärungen zeigten. Auch gibt es Vandalismus. Es gibt genügend Möglichkeiten, im Thunersee und in der Aare zu baden. Die zusätzlich geforderten Infrastrukturen sind nicht unbedingt notwendig und können allenfalls von Privaten angeboten werden.

Thomas Bieri, **SVP-Fraktion**, findet es gut, wenn möglichst viele Personen Eisbaden ausüben können. Dafür ist aber nicht die Stadt verantwortlich. Die Fraktion kann die Interpellationsantwort nachvollziehen. Vandalismus, unrechtmässige Entsorgungen und die Haftung wären ein Problem im Flussbad. Zudem würde ein grosses Reputationsrisiko bestehen. Es braucht keine weiteren Massnahmen auf Kosten der Allgemeinheit.

12. Dringliche Motion M 04/2024 betreffend Anzahl Mitglieder Schulkommission

Mathias Berger (SVP), Nicolas Glauser (GLP), Franziska Eggenberg (EDU), Manfred Locher (EDU), Michael McGarty (GLP), SVP-Fraktion, Fraktion FDP/Die Mitte vom 20. Dezember 2024; Beantwortung

Mathias Berger (SVP) teilt mit, dass die Bildungsstrategie in Planung ist und demnächst lanciert werden wird. Daraus werden Lösungen hervorgehen, welche die Schulkommission entlasten werden. Das Bildungswesen ist durch den Kanton sehr stark reguliert, was die Arbeit der Schulkommission anspruchsvoll macht. Die Volksschule hat einen wichtigen Auftrag in unserer Gesellschaft. Benötigt wird nun eine Übergangslösung, bis die neue Bildungsstrategie umgesetzt wird. Die Chance soll ergriffen und die Motion genehmigt werden.

Nicolas Glauser, **Fraktion GLP/EVP/EDU**, sagt, dass mit einer kleinen Änderung eine grosse Wirkung erzielt werden kann. Die geforderte Erhöhung um ein Mitglied kann gut nachvollzogen werden. Dies ist die beste Massnahme zur Verteilung der Aufgaben. In Thun macht man betreffend Trennung zwischen operativen und strategischen Aufgaben alles richtig. Die Fraktion wird der Motion mehrheitlich zustimmen.

Malenka Schmutz, **Fraktion Grüne**, nimmt vornweg, dass die Fraktion nicht einheitlich abstimmen wird. Es wird eine steigende Belastung der Schulkommissionsmitglieder wahrgenommen. Ein Teil der Fraktion ist der Ansicht, dass die Aufgabenverteilung auf mehr Schultern eine kurzfristige Lösung sein kann. Gleichzeitig ist es wichtig, dass der Prozess langfristig offen bleibt. Die Aufgabenverteilung soll klar und machbar sein. Der andere Teil der Fraktion findet, dass die Aufgaben im Reglement klar geregelt sind. Die neu geschaffene Sekretariatsstelle wird Entlastung bringen. Ausserdem steht die Verwaltung für die professionelle Unterstützung den Schulkommissionsmitgliedern zur Seite. Die Arbeitsabläufe sollen effizienter gestaltet werden. Unbestritten ist, dass eine Form der Entlastung erforderlich ist.

Jonas Baumann (EVP) kann nicht verstehen, wie man diese Kommission noch operativer ausgestalten will. Die Kommission führt Mitarbeitende, schliesst Klassen. Unter einem politischen Blickwinkel soll eine Kommission Leitplanken setzen. Nun versucht man, den Spielraum möglichst gross zu halten. Es ist die einzige Kommission in Thun, die über solche Kompetenzen und Führungsaufgaben verfügt. Er wird der Motion nicht zustimmen. Er findet es höchst problematisch, dass die Schule auf dem Rücken der Kinder so politisiert wird. Die Schulkommission soll nur noch strategische Aufgaben wahrnehmen.

Thomas Bieri, **SVP-Fraktion**, weist darauf hin, dass pro Schulorganisationseinheit zwei Schulkommissionsmitglieder zuständig sind. Hierfür fehlt jedoch ein Mitglied. Die Aufteilung zwischen operativen und strategischen Aufgaben ist wichtig. Aktuell ist die Trennung nicht möglich, da die Schulkommission für die Leitung der Schulleitung zuständig ist. Die Überprüfung der Arbeitsabläufe bringt dabei nicht viel. Es soll der Wille gezeigt werden, die Schulkommission zu unterstützen. Die Finanzierung soll nicht Grund dafür sein, dass die Motion abgelehnt wird. Die Fraktion wird die Motion grossmehrheitlich annehmen.

Martin Allemann, **SP-Fraktion**, teilt mit, dass die Fraktion nicht einheitlich abstimmen wird. Einerseits sind die Argumente nachvollziehbar, andererseits soll man die Fragen im Rahmen der Bildungsstrategie vertiefter behandeln. Man wird sehen, wie die Aufgaben künftig aufgeteilt sein werden. Ein Teil der Fraktion ist der Ansicht, dass man dies im Rahmen der Bildungsstrategie anschauen soll und die Aufstockung Pflasterlipolitik ist. Die Fraktion wird nicht einheitlich abstimmen, es wird aber niemand zustimmen.

Alois Studerus, **Fraktion FDP/Die Mitte**, findet die Aufstockung zielführend. Die Fraktion wird der Motion zustimmen. Es soll ein Schritt zurück gemacht und Brücken sollen gebaut werden. Die Führung ist operativ. Nur ein strategisches Sounding Board zu sein, ist vermutlich falsch. Die Ziele von Schulkommission und Schulleitung sollen kongruent sein.

Peter Aegerter (SVP) gibt zu, dass er anfangs der Woche der Motion nie zugestimmt hätte. Es wurde nun geklärt, dass es um eine Übergangslösung geht. Heute unterstützt er deshalb die Motion. In der Bildungsstrategie soll geklärt werden, wie die Kommission künftig aufgestellt sein soll. Die Brisanz und die Verpolitisierung können mit dem heutigen Entscheid aus der Schule entfernt werden. Es hat nichts mit Pflasterlipolitik zu tun.

Thomas Hiltbold (Grüne) hält fest, dass der Zustand nicht gut ist wegen der Verpolitisierung. Er fragt sich, ob der Parteienproporz Sinn macht. Er würde bevorzugen, dass ein Anforderungsprofil für die Mitglieder besteht. Dies muss in der Bildungsstrategie definiert werden.

Matthias Zellweger (Parteilos) macht darauf aufmerksam, dass auch in den SAKOs dasselbe Problem besteht. Die Leute sollten dort Einsitz nehmen, wo sie etwas beitragen können und nicht dort, wo sie gemäss Parteibuch hinpassen.

Gemeinderätin Katharina Ali-Oesch erörtert, dass Einigkeit besteht, wonach sich alle eine gute Volksschule wünschen. Es freut sie, dass heute die Sache im Vordergrund steht. Eine Bildungsstrategie ist notwendig. Bereits heute wird beste Arbeit geleistet auch von den Schulleitungen und der Schulkommission. Die Aufgaben sind anspruchsvoll und eher zunehmend. Die Mitglieder kommen an den Anschlag. Ein Problem kann auf verschiedene Weisen angegangen werden. Die Bildungsstrategie ist vielversprechend. Bald wird damit gestartet unter Einbezug aller Anspruchsgruppen, auch der Schulkommission und der Politik. Es ist aussergewöhnlich, dass der Gemeinderat keinen Antrag stellt. Er will die Schulkommissionen beibehalten. Es gibt unterschiedliche Ansichten der Miliztauglichkeit. Die Schulkommission soll von Aufgaben entlastet werden. Auch der Ausbau von Kompetenzen und Ressourcen steht aber im Raum. Dies bedeutet aber, dass es mehr Verantwortung zu tragen und Aufgaben zu bewältigen geben wird. Die Professionalisierung steht ebenfalls im Raum. Die bestehenden Bedenken werden ernst genommen. Der Gemeinderat ist offen, um gute Lösungen zu finden. Pragmatische Lösungen haben bereits zur Entlastung beigetragen. Um die steigende Belastung zu mindern, müssen zusätzliche Lösungen gefunden werden. Wenn die Motion überwiesen wird, kommt die Reglementsänderung nochmals in den Stadtrat.

Stadtratsbeschluss

Der Rat erklärt die Motion mit 26 : 10 Stimmen bei drei Enthaltungen als erheblich.

13. Dringliches Postulat P 25/2024 betreffend Erhalt und Stärkung der Fachstelle Arbeitsintegration

Alice Kropf (SP) und Fraktion SP vom 20. Dezember 2024; Beantwortung

Gemeinderätin Eveline Salzmann findet Arbeitsintegration eine wichtige und sinnvolle Aufgabe. Trotzdem plant der Gemeinderat Abbaumassnahmen. Die Hochrechnung 2024 ergab ein grosses Defizit. Sie hätte wegschauen oder Verantwortung für die Situation übernehmen können. Sie hat sich für die zweite Variante entschieden. Es war schwierig, den Mitarbeitenden zu sagen, dass Stellen abgebaut werden. Trotzdem war der Entscheid richtig und notwendig. Die Angebote der FAI wurden immer weniger nachgefragt aufgrund der guten Wirtschaftslage. Da man nach Auslastung vom Kanton entschädigt wird, entstand ein Defizit. Man hatte es während den letzten Jahren verpasst, die Fixkosten an die sinkende Auslastung anzupassen. Es werden keine Integrationsplätze abgeschafft, sondern die Fixkosten werden an die Auslastung angepasst. Die Kommunikation hat nicht gut funktioniert. Aktuell verstehen die meisten Mitarbeitenden den Stellenabbau. Die vom Stellenabbau betroffenen Mitarbeitenden orientieren sich neu und erhalten falls benötigt Hilfe. Bei den anderen Mitarbeitenden herrscht eine Aufbruchstimmung. Sie hofft, dass der Stadtrat verstehen kann, wieso der Gemeinderat diesen Schritt gehen musste. Man ist nicht sozial kalt, wenn man die abbauenden Massnahmen mitträgt. Mit einem Ja wird Verantwortung übernommen für die Arbeitsintegration und den finanzpolitischen Haushalt. Ihre Erkenntnis aus den letzten beiden Jahren ist, dass man in der Arbeitsintegration mit mindestens zwei Standbeinen aufgestellt sein sollte. Man soll die Möglichkeit haben, je nach Wirtschaftslage schnell Mitarbeitende aufzubauen und abzubauen. Diese Argumente sprechen nicht für das FAI als städtische Organisation. Im Gegensatz zu einem Verein oder einer Stiftung können keine Freiwilligen beschäftigt und keine Zuwendungen angenommen werden. Das neu angedachte kantonale Arbeitsintegrationssystem sieht eine Arbeitsintegration für die ganze Region Oberland vor. Die Anschlussgemeinden haben kaum Kenntnis des Finanzierungssystems der Arbeitsintegration. Es besteht wenig Bereitschaft, Arbeitsintegration mitzufinanzieren. Es wird nach Lösungen, auch Übernahmelösungen, gesucht. Sie bittet, dem Antrag des Gemeinderates auf Annahme und Abschreibung zuzustimmen.

Alice Kropf, **SP-Fraktion**, teilt mit, dass nach einem instabilen Team, vielen Wechseln und krankheitsbedingten Ausfällen der Leiterin gelungen ist, wieder Stabilität zu etablieren. Es hat sich abgezeichnet, dass das Alpenrösli stark defizitär ist. Seit 2019 haben sich die Zahlen kontinuierlich verschlechtert. Dies ist vor allem ein Fehler des Vorgängers der Direktionsvorsteherin. Es hätte Alternativen zu diesem drastischen Schritt gegeben. Im Arbeitslosen-Sozialfonds sind noch immer über 800'000 Franken. Die Stadt hätte sich eine Übergangslösung leisten können. Der Gemeinderat hat seine soziale Verantwortung nicht wahrgenommen. Mit der Schliessung des Alpenröslis gehen Integrationsplätze verloren, für welche es in der Region keine gleichwertigen Alternativen gibt. Es betrifft vor allem Frauen, die aufgrund von Gewalt mehrfach belastet sind. Die Istanbul-Konvention fordert Massnahmen für genau solche Menschen. Die Schliessung wurde bereits entschieden, bevor das Postulat in den Rat gekommen ist. Es gab keine Konsultation der Mitarbeitenden, wie die Kündigungen hätten vermieden werden können. Es ist eine Kündigung einer 62-jährigen Person erfolgt. Mit 300 Stellenprozenten weniger sollen gleich viele Personen betreut werden. Es braucht regelmässige und konstante Kontakte zwischen den Teilnehmenden und den Jobcoachings. Je weniger Unterstützung besteht, desto länger dauert der Integrationsprozess. Wenn Teilnehmende unterstützt werden, die weniger als 50% arbeiten können, ist der Aufwand grösser. Gerade diese Personen brauchen aber Unterstützung. Das Entstehen von Unsicherheit und ein Klima der Angst ist einzig auf das Verhalten des Gemeinderates zurückzuführen. Da die Fakten klar sind, die Stellen gekündigt wurden und das Alpenrösli geschlossen wurde, zieht sie Ziffern 1 und 2 zurück. Zu der verbleibenden Ziffer 3 beantragt sie Annahme und Nicht-Abschreibung.

Simon Badertscher, **Fraktion GLP/EVP/EDU**, erachtet Arbeitsintegration als wichtig. Für die Arbeitsintegration wird ein städtisches Angebot nicht unbedingt benötigt. Das aktuelle System, in welchem die anderen Gemeinden, die das Angebot nutzen, die Defizite nicht mittragen, ist untragbar. Es wird begrüsst, dass neue Lösungen gesucht werden. Eine Verbundlösung mit anderen Gemeinden und Partnern soll geprüft werden. Die Fraktion wird das Postulat annehmen, teilweise abschreiben und teilweise nicht.

Cloe Weber, **Fraktion Grüne**, findet die Erhaltung und Stärkung der FAI essenziell. Diese ist für die Teilnehmenden und die Stadt wichtig. Die Chancengleichheit kann gefördert werden. Der Stellenabbau ist drastisch. Es ist fraglich, wie das Angebot qualitativ beibehalten werden soll. Sie merkt an, dass der Prozess nicht sauber abgelaufen ist. Das Ausmass der finanziellen Missstände hätte früher erkannt werden sollen. Die Fraktion wird das Postulat annehmen und nicht abschreiben.

Lara Müller, **Fraktion FDP/Die Mitte**, findet die Schliessung einen harten Schritt, der aber angesichts der Zahlen unausweichlich ist. Wünschenswert wäre gewesen, wenn man mit den Mitarbeitenden eine Vermeidung des Stellenabbaus hätte besprechen können. Es ist aber fraglich, was die Alternative gewesen wäre. Die Mehrheit der Fraktion nimmt das Postulat an und schreibt es ab.

Thomas Bieri, **SVP-Fraktion**, sagt, dass bereits früher Massnahmen hätten ergriffen werden sollen. Thun als Anbieterin muss alle Kosten selbst bezahlen, die nicht in die Klientenabgeltung durch den Kanton eingerechnet sind. Die übrigen Gemeinden, die das Angebot nutzen, beteiligen sich daran nicht. Es wurde lange weggeschaut. Nun wurde hingeschaut und gehandelt. Trotz Schliessung des Alpenröslis geht kein Integrationsplatz verloren. Über die vorliegende Eingabe war die Fraktion erstaunt. Die Fraktion findet, dass der vom Gemeinderat aufgezeigte Weg gangbar ist und wird den Punkt 3 einstimmig annehmen und abschreiben.

Gemeinderätin Eveline Salzmänn versteht den Unmut, wenn man vor vollendete Fakten gestellt wird. Unsicherheit war aber das Schlimmste für die Mitarbeitenden. Es wurde Klarheit geschaffen. Dass die Unterzeichnenden der FAI nicht anwesend sind, zeigt, dass sie heute an einem anderen Punkt stehen. Es ist richtig, dass früher hätte gehandelt werden müssen. Im Jahr 2020 wurde darauf hingewiesen, dass Massnahmen ergriffen werden müssen. Die letzten zwei Jahre gehen auf sie. Sie musste sich zuerst einen

Überblick verschaffen. Sie versichert, dass mit Herzblut nach einer Lösung gesucht wird, damit die DNA der FAI erhalten bleibt.

Alice Kropf (SP) sagt, dass es auch andere Gründe geben kann, wieso die Mitarbeitenden der FAI nicht hier anwesend sind.

Stadtratsbeschluss

Der Rat erklärt das Postulat (verbleibende Ziffer 3) einstimmig als erheblich und schreibt es mit 20 : 19 Stimmen nicht ab.

15. Postulat P 22/2024 betreffend dank Pilotversuch «Superblock» verkehrsberuhigte Quartiere mit erhöhter Lebensqualität auch in Thun!

Natalie Althaus (Grüne), Fraktion Grüne vom 19. September 2024; Beantwortung

Natalie Althaus Spinnler, **Fraktion Grüne**, findet den Antrag des Gemeinderates auf Abschreibung aufgrund seiner Antwort nicht logisch. Sie hat festgestellt, dass nicht alle vom selben sprechen und viel Halbwissen besteht. Sie hat deshalb eine Zusammenfassung an alle gesendet. Das Konzept Superblock hat Gemeinsamkeiten mit den Zukunftsplänen des GVKs. Die dort vorgestellten Massnahmen sind aber viel zu wenig konkret formuliert. Deshalb wurde der Vorschlag eines Pilotversuchs Superblock gemacht. Im In- und Ausland gibt es viele solche Projekte, die gut funktionieren. Der Quartierleist hat bereits mehrmals gegenüber dem Gemeinderat mitgeteilt, dass er verkehrsmindernde Massnahmen wünscht. Bei der Freistadt soll das Pilotprojekt nur eine Strasse umfassen. Dies ist nicht ausreichend. Die Strassen werden nicht gesperrt. Es gibt nur eine Verlangsamung des Verkehrs. Wenn man dem Pilotprojekt keine Chance gibt, weiss man nicht, ob es in Thun funktionieren würde.

Christoph Lauener, **SVP-Fraktion**, findet den Vergleich mit grossen Städten falsch. Thun ist ein bisschen ein Kaff. Es ist gefährlich, den Fokus auf die Lebensqualität zu legen. Dies heisst Wohnqualität ja, Arbeitsqualität nein. Wachstum heisst mehr Leute, mehr Verkehr, bedeutend mehr Infrastruktur und weniger Lebensqualität, weil die Verdichtung zunimmt. Unser Terrain ist begrenzt. Der motorisierte Verkehr wird nicht abnehmen. Durch schikanöse Eingriffe erfolgt nur eine Verlagerung. Dies führt zu einer Benachteiligung für die Bevorteilung von anderen. Besser wäre, wenn man Quartiere entlüftet und die Autos passieren lässt. Der Verkehr muss ungehindert weggeführt werden können. Die Lebensqualität ist bereits hervorragend. Es müssen günstige Voraussetzungen für Arbeitgeber geschaffen werden. Die Fraktion ist gegen den Pilotversuch, lehnt das Postulat ab und schreibt es ab.

Jonas Baumann, **Fraktion GLP/EVP/EDU**, findet solche Ideen wünschenswert. Es wird sich weisen, ob diese für Thun passen. Die Fraktion wird das Postulat annehmen und wird es teilweise abschreiben.

Claude Schlapbach, **Fraktion FDP/Die Mitte**, teilt mit, dass die Fraktion das Postulat annehmen und abschreiben wird. Grossstädte kann man nicht mit Kleinstädten vergleichen.

Martin Allemann, **SP-Fraktion**, sagt, dass das Postulat einerseits offene Türen einrennt. Andererseits fehlt dem Gemeinderat das Tempo. Einige Quartierleiste möchten so ein Projekt schon lange umsetzen. Deshalb braucht es solche Vorstösse. Dass man eine solche Idee anpassen muss auf einzelne Städte, ist allen klar. Dass ein Verkehrsproblem besteht, sieht man täglich. Für die kurzen und mittleren Strecken fehlen teilweise Alternativen zum motorisierten Verkehr. Da noch nichts umgesetzt ist, darf man das Postulat nicht abschreiben.

Matthias Zellweger (Parteilos) findet es ein spannendes Thema. Es braucht subtile Instrumente, wie man gewisse Quartiere zu Inseln gestalten kann. Ob mit diesem Projekt, muss sich zeigen. Er nimmt an und

schreibt ab. Das Thema wird uns beschäftigen aufgrund der Verdichtung. Die Zeiten sind vorbei, dass jeder mit dem Auto ins Wohnzimmer fahren kann.

Natalie Althaus Spinnler, **Fraktion Grüne**, teilt mit, dass ein Quartier ein Quartier ist, egal wo es ist. Die Siedlungsentwicklung führt nicht dazu, dass in den bestehenden Quartieren mehr Verkehr entsteht. Zudem haben viele Zugezogene keine Autos mehr. Ziel ist, dass der Weg durch das Quartier nicht mehr attraktiv ist und andere Strassen gewählt werden. Thun ist eine Stadt und soll auch als solche behandelt werden.

Stadtratsbeschluss

Der Rat erklärt das Postulat mit 29 : 9 Stimmen als erheblich und schreibt es mit 21 : 17 Stimmen nicht ab.

16. Postulat P 21/2024 betreffend Fachstelle Fuss- und Veloverkehr der Stadt Thun

Michelle Marbach (Grüne), Fraktion Grüne, Adrian Christen (SP), Nicolas Glauser (GLP), Jonas Baumann (EVP) vom 19. September 2024; Beantwortung

Michelle Marbach, **Fraktion Grüne**, findet es schade, dass der Gemeinderat viele Nachteile und Aufwand sieht. Vorteil ist die Sichtbarkeit des Themas gegen innen und aussen. Es können klare Prozesse sowie eine klare Organisation geschaffen werden. Nach der Annahme der Veloinitiative ist das Thema aktueller denn je.

Franziska Eggenberg, **Fraktion GLP/EVP/EDU**, versteht die Komplexität und den Mehraufwand. Nachvollziehbar ist auch die Zunahme der personellen Ressourcen. Das Postulat soll nicht abgeschrieben werden. Das Anliegen soll im Rahmen der Umsetzung der Veloinitiative weiterverfolgt werden.

Angelika Zimmermann, **Fraktion FDP/Die Mitte**, findet, dass die Anliegen der Bevölkerung zu der richtigen Stelle gelangen sollen und dies zu funktionieren scheint. Bei der Schaffung einer solchen Stelle wird diese vermutlich mit Anfragen überhäuft werden. Die Fraktion nimmt das Postulat an.

Philipp Deriaz, **SVP-Fraktion**, findet es fraglich, ob Meldestellen für alle möglichen Anliegen geschaffen werden sollen. Die Anfragen können von den entsprechenden Direktionen beantwortet werden. Die Bevölkerung wird hierbei an die richtige Anlaufstelle verwiesen. Der Sinn hinter dieser Stelle sieht er nicht und wünscht sich keine weiteren Abklärungen. Die Fraktion lehnt das Postulat grossmehrheitlich ab. Im Falle einer Annahme würde die Fraktion das Postulat abschreiben.

Adrian Christen, **SP-Fraktion**, sieht einen Vorteil, wenn eine Fachstelle diese Fragen fachlich übergreifend beantworten kann. Die Fachstelle wird eher als internes Kompetenzzentrum verstanden. Diese soll den Überblick haben und in den verschiedenen Direktionen und Projekten mitplanen können. Eine Beurteilung im Rahmen der Veloinitiative wird begrüsst. Die Fraktion wird das Postulat einstimmig annehmen und nicht abschreiben.

Stadtratsbeschluss

Der Rat erklärt das Postulat mit 29 : 8 Stimmen bei einer Enthaltung als erheblich und schreibt es mit 26 : 12 Stimmen nicht ab.

17. Motion M 03/2024 betreffend einem Förderfonds Energieeffizienz für die Bevölkerung und Unternehmen der Stadt Thun

Thomas Lanz (Grüne), Thomas Hiltbold (Grüne), Fraktion Grüne, Fraktion GLP/EVP/EDU, Fraktion SP, Alois Studerus (Die Mitte), Mark van Wijk (FDP), Angelika Zimmermann (Die Mitte), Lara Müller (Die Mitte) und Claude Schlapbach (FDP) vom 19. September 2024; Beantwortung

Roman Gugger, **Fraktion Grüne**, will einen Förderfonds Energieeffizienz mit einer sicheren Finanzierung. Dieser soll auch bestehen, nachdem die übergangsmässig gesprochenen 3 Mio. Franken aus der Spezialfinanzierung Investitionen aufgebraucht sind. Hierfür soll der Gemeinderat verbindlich beauftragt werden. Die Argumentation des Gemeinderates ist nicht stringent genug, um die Umwandlung der Motion in ein Postulat zu rechtfertigen. Das Reglement von Steffisburg kann als Vorbild betrachtet werden. Darin wird die Finanzierung über die Gemeindeabgaben geregelt. Mit dieser pragmatischen Lösung kann eine rechtskonforme und nachhaltige Lösung gewährleistet werden. Die finanzielle Machbarkeit ist klar gegeben. Die ausgesprochen hohe Nachfrage von Bevölkerung und Unternehmen soll berücksichtigt und die entsprechenden Projekte ermöglicht werden können. Der Förderfonds trägt nicht nur zur Erreichung des Klimaziels Netto-Null bis 2050 bei, sondern stärkt auch die regionale Wirtschaft und Wertschöpfungskette. Die Fraktion will die Motion als solche überweisen und nicht in ein Postulat umwandeln.

Valentin Borter, **SVP-Fraktion**, unterstützt die Intention der Motion, ist aber der Meinung, dass man diese als Postulat überweisen sollte. Nicht nur für die Finanzierung braucht es Lösungen. Der Gemeinderat will auch die Tatbestandsmerkmale anpassen. Eine Verordnung macht Sinn, damit der Gemeinderat flexibel handeln kann. Er fordert innovative und sinnvolle Finanzierungslösungen. Bei grösseren Finanzierungstatbeständen könnte mit zinslosen Darlehen gearbeitet werden anstelle von A-fonds-perdu-Beiträgen. Er stellt fest, dass mit der Annahme des Gegenvorschlags der Solarinitiative sämtliche Neubauten betreffend PV eigentlich nicht mehr unterstützt werden dürfen. Es handelt sich künftig um Mitnahmeeffekte. Die Finanzierung muss gelöst sein, erst recht nach dem ersten Fiasko. Er vertraut darauf, dass der Gemeinderat gute Lösungen findet, empfiehlt aber, dass der Rechtsdienst diesmal zwei Mal darüber geht. Die Fraktion nimmt das Postulat an und lehnt die Motion ab.

Franz Schori, **SP-Fraktion**, erörtert, dass die Stadt Thun seit dem Verwaltungsgerichtsentscheid kein Reglement mehr für diese Spezialfinanzierung hat. Weiterhin besteht eine Verordnung, welche im luftleeren Raum hängt. Die Fraktion unterstützt weiterhin die Motion. Wenn sich der Gemeinderat und die Verwaltung Zeit nehmen, kann ein gutes Reglement resultieren. Die Gespräche mit der Energie Thun AG betreffend die Gemeindeabgaben können durchaus einfließen in die Verarbeitung des Reglements. Die SAKO wird einen konstruktiven Beitrag leisten können. Die Fraktion bittet um Zustimmung zur Motion.

Michael McGarty, **Fraktion GLP/EVP/EDU**, findet die Motion etwas verbindlicher. Die Fraktion wird deshalb die Umwandlung in ein Postulat ablehnen.

Alois Studerus, **Fraktion FDP/Die Mitte**, stellt sich klar dahinter, dass der Förderfonds Energieeffizienz voll umgesetzt und verbindlich überführt wird. Die Übergangsfiananzierung aus der Spezialfinanzierung Investitionen ist nicht das Richtige. Die Finanzierung muss offen geprüft werden. Für die Fraktion ist nicht entscheidend, ob die Kosten über Steuern oder Abgaben finanziert werden. Die Fraktion unterstützt das Vorhaben in der Form der Motion. Es ist am Gemeinderat, die Finanzierung zu regeln und das Reglement zu überarbeiten.

Gemeinderätin Andrea de Meuron erklärt, dass die Verbindlichkeit bei der Motion höher ist als bei einem Postulat. Es wird ein Reglement gefordert. Mit der Überweisung einer Motion kann der Stadtrat seinen politischen Willen kundtun und ein Reglement fordern, das ihm vorgelegt wird. Es gibt verschiedene Finanzierungsmöglichkeiten für eine Spezialfinanzierung Förderfonds. Sei es in Form von

Verpflichtungskrediten aus dem allgemeinen Steuerhaushalt oder über Zweckbindungen oder Teilzweckbindungen der Gemeindeabgaben, die in den Finanzhaushalt fliessen. Man kann es auch machen wie aktuell in der Übergangslösung mit der Spezialfinanzierung Investitionen. Fakt ist, was über 200'000 Franken ist, ist in der Kompetenz des Gemeinderates. Die SAKO FiRU wird eine entscheidende Rolle übernehmen. Die Fördertatbestände sollen flexibel gestaltet werden damit auch technologische Neuerungen berücksichtigt werden können. Es soll gefördert werden, was wirkungsvoll ist, wo man Änderungen wünscht. Der Rechtsdienst hat auch im letzten Fall gute Arbeit geleistet. Man hat sich an Steffisburg orientiert. Schön wäre, wenn eine einheitliche Förderung in der Region ermöglicht werden könnte.

Der Stadtratspräsident hält fest, dass nur die Urheberschaft die Motion in ein Postulat umwandeln kann.

Stadtratsbeschluss

Der Rat erklärt die Motion mit 29 : 9 Stimmen als erheblich.

18. Fragestunde F 02/2025 betreffend Regionale Medienarbeit / Spiegel der politischen Aktivitäten und Geschehnisse

Matthias Zellweger (Parteilos) vom 22. Januar 2025; Beantwortung

Die Fragestunde wird schriftlich beantwortet.

19. Fragestunde F 03/2025 betreffend Bewerbung für die Sportlerinnen- und Sportlerehrung

Peter Aegerter (SVP) vom 10. Februar 2025; Beantwortung

Die Fragestunde wird schriftlich beantwortet.

20. Fragestunde F 04/2025 betreffend Sportlerehrung 2025

Claude Schlapbach (FDP), Fraktion FDP/Die Mitte vom 11. Februar 2025; Beantwortung

Die Fragestunde wird schriftlich beantwortet.

21. Fragestunde F 05/2025 betreffend Schliessung des Kulturlokals Mundwerk

Cloe Weber (Grüne), Fraktion Grüne vom 11. Februar 2025; Beantwortung

Die Fragestunde wird schriftlich beantwortet.

Mitteilungen

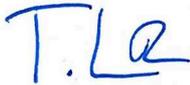
Der Stadtratssekretär liest die Demissionsschreiben von Stadträtin Natalie Althaus und Stadtrat Roman Gugger vor.

Der Stadtratspräsident dankt den beiden Stadratsmitgliedern jeweils mit einer kurzen Abschiedsrede, in welcher er mit kurzen Anekdoten auf sie eingeht.

Eingänge

- Postulat P 05/2025 betreffend offenes Rathaus für Stadtratsparteien; Natalie Althaus (Grüne) und Fraktion Grüne vom 13. Februar 2025
- Postulat P 06/2025 betreffend öffentliche Parkplätze beim KKThun!; Valentin Borter (SVP), Thomas Bieri (SVP), Sonja Graf (SVP) und Markus van Wijk (FDP) vom 13. Februar 2015
- Postulat P 07/2025 betreffend Handyverbot an Thuner Volksschulen; Angelika Zimmermann (Die Mitte) und Fraktion FDP/Die Mitte, vom 13. Februar 2025
- Interpellation I 02/2025 betreffend Verkehrssituation Innenstadt; Alice Kropf (SP) und SP-Fraktion, vom 13. Februar 2025
- Interpellation I 03/2025 betreffend Reglement über Leistungen an die Mitglieder des Gemeinderates (LGR); Alois Studerus (Die Mitte) vom 13. Februar 2025
- Interpellation I 04/2025 betreffend Bekämpfung Quaggamuscheln im Thunersee; Angelika Zimmermann (Die Mitte) vom 13. Februar 2025

Der Stadtratspräsident



Thomas Lanz

Der Stadtratssekretär



Christoph Stalder